

Zum Buch „Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig. Polizeirecht und Polizeipraxis im Nationalsozialismus“ von Gerd Wysocki

Erschienen im Campus Verlag, Frankfurt am Main/ New York 1997 (2. unveränderte Auflage 2022)

Die direkten Auswirkungen des Naziterrors durch die Gestapo mit Schutz- und Vorbeugehaft, Freiheitsentziehungen und Exekutionen, auf die Lebensumstände der Menschen sind insgesamt wenig erforscht. „Der Aufbau der Geheimen Staatspolizei nach der Machtergreifung als neues ‚Führungsinstrument‘ zur Absicherung der nationalsozialistischen Herrschaft, zur Verfolgung und Liquidation politischer Gegner sowie als Mittel der Abschreckung war richtungsweisend und typisch für die Festigung der NS-Herrschaft“, schreibt Karl Wilhelm Lange, Regierungspräsident i.R. in seinem Vorwort zum Buch von Gerd Wysocki über *Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig*.

Die konkreten Maßnahmen und Auswirkungen auf die Bevölkerung gerade auch im Vergleich zu anderen Gebieten der NS-Herrschaft sind noch lückenhaft. Das Buch von Gerd Wysocki liefert einen wichtigen Beitrag, diese Lücken zu schließen.

Zur Allmacht der Gestapo – Mythos und Realität

Die Polizei war im Nationalsozialismus in umfassender Weise für die Stabilität des Regimes tätig, an vorderster Stelle die Geheime Staatspolizei bzw. kurz „Gestapo“ genannt. Die Abkürzung stand als Synonym für Schrecken und Gewaltherrschaft. Ohne den staatspolizeilichen Verfolgungsapparat war die NS-Herrschaft kaum denkbar. Der Gestapo kam hierbei eine Schlüsselfunktion zu: sie war das amtliche Vollstreckungsorgan des NS-Staates.

Allerdings ist es eine Frage, ob die Gestapo wirklich so allmächtig war, wie es weithin empfunden wurde. Vor allem von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wurde dies als Erklärungsmodell für die eigene Niederlage herangezogen, was dann in der Gesellschaft Allgemeingut wurde nach dem Motto „Wir konnten ja doch nichts machen“.

Das versperrte andererseits die Einsicht, dass die Gestapo auf einem breiten Konsens in der Bevölkerung beruhte, da sie sonst gar nicht diese Macht hätte ausüben können. Vor allem, da sie nur eine geringe Anzahl von Beamten und Angestellten hatte.

Für die von der Gestapo Verfolgten war die Konfrontation mit ihr meist traumatisch, oft sogar tödlich. Der größte Teil der Geschichte der Gestapo und ihrer Opfer ist noch relativ unbekannt. Erforscht sind eher die Polizeizentralen der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin (in der Prinz Albrecht Straße 8). Bei lokalen Studien ergab sich oft die Tatsache, dass Denunziationen ein wichtiger Teil des Terrorapparats waren. Dabei war oft auch die Kooperation mit anderen Behörden, Parteiorganisationen und Unternehmen wichtig.

Zur politischen Polizei im Land Braunschweig

Im Freistaat Braunschweig war besonders die personelle Kontinuität auffällig, d.h. Personen, die schon vor 1933 Gewalt und Terror gegen politische Gegner ausführten, waren auch nach 1933 Hauptakteure des Terrors.

Ein wichtiger Faktor war die Anpassung und Aushebelung der Justiz durch die Polizeigewalt. Besonders markant war die Heftigkeit des Terrors im Frühjahr/ Sommer 1933, insbesondere mit den Riesebergmorden, der Einrichtung des staatspolizeilichen Arbeitsstrafagers in Hallendorf sowie die verschiedenen betrieblichen Konzentrationslager.

Eine erste Darstellung der Gestapo in Braunschweig erfolgte im Rahmen einer Arbeit über den Widerstand durch Reinhard Bein, die jedoch von Wysocki kritisch gesehen wird, da hier der Mythos der Allgegenwart der Gestapo im Vordergrund steht. Es sei dabei zu wenig der Rückhalt

der Gestapo in der Bevölkerung berücksichtigt worden. (1) Auch die Historiker Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, die eine der wenigen grundlegenden Arbeiten zur Gestapo geschrieben haben, kritisieren die Darstellung von Bein als gigantischen „Spagat zwischen empirischem Befund und vorgefertigtem Passepartout“, da der Autor versuche, die vielen festgestellten Mängel der Braunschweiger Politischen Polizei mit dem Dogma der Omnipotenz der Gestapo in Übereinstimmung zu bringen. (2)

Wie sei der Wissensstand über die Gestapo heute (im Jahr 1997)? Die Akten der Gestapo in Braunschweig sind zum großen Teil vernichtet worden. Die Rekonstruktion der Ereignisse ist nicht ganz einfach.

Nach wie vor bleibt die Frage, wie die Politische Polizei zum zentralen Terrorinstrument der NS-Herrschaft werden konnte und welche Rolle sie für die Justiz spielte, für die sie die Ermittlungen führte, auf deren Grundlage die Staatsanwaltschaft Anklage erhob und die Gerichte ihre Urteile fällten.

Zur Darstellung der Gestapo im Buch von Gerd Wysocki

Die Gestapo wird hier einerseits als eigenständig handelndes Exekutivorgan betrachtet, andererseits aber auch als Ermittlungsbehörde der Justiz, um Beweise für einen politischen Strafprozess zu sichern. Daneben trat die Kriminalpolizei noch für „normale“ kriminelle Fälle auf. Die Kripo erhielt allerdings im Verlauf des Krieges immer mehr Kompetenz, so dass sich die Grenzen zwischen diesen beiden Organen verwischen.

Dazu werden die Maßnahmen der Gestapo behandelt, mit denen sie den Strafverfolgungsanspruch der Justiz weitgehend aushebelt:

- Durch Einsperrung ihrer politischen Gegner in Konzentrationslager unter der irreführenden Bezeichnung „Schutzhäft“
- Durch ihre Strafkompetenzen mittels ihrer „Arbeitsstraflager“ („Polizei-Sonderlager“), die mit dem positiv klingenden Begriff „Arbeitserziehungslager“ besetzt wurden
- Durch ihre Hinrichtungsaktionen unter dem Tarnbegriff „Sonderbehandlung“

Eine entscheidende Rolle für die rechtsgeschichtliche Entwicklung bildete dabei das Eindringen der Gestapo in die Kompetenzbereiche der Justiz. Zu nennen wäre hier die polizeiliche Praxis der „Rücküberstellungen“ und der „Urteilskorrektur“, mit denen Gerichtsurteile als ungenügend verworfen und härtere Bestrafungen durchgesetzt werden konnten.

Eine zweite neue Qualität staatspolitischen Handelns entwickelte sich seit dem Kriegsbeginn mit der Schaffung zweier weiterer politischer Aktionsfelder, die die Gestapo jenseits der Justiz schuf:

- Die „Arbeitserziehungslager“ und die „Sonderbehandlungsverfahren“. Eines der ersten und größten dieser Polizei-Sonderlager war das „Lager 21“ in der Nähe der Reichswerke bei Hallendorf.

Eine Schwierigkeit für die Untersuchung ist, dass viele Unterlagen durch die NS-Polizei systematisch vernichtet wurden. Wesentliche Grundlage für das Buch sind daher die Prozesse der britischen Militärgerichte der Spruchgerichtsverfahren gegen Gestapobeamte und die Ermittlungen des Landeskriminalamtes für NS-Gewaltverbrechen. Beziehungen der Gestapo zu Behörden der Arbeitsverwaltung und zu Unternehmungen sind an anderer Stelle herausgearbeitet, so dass darauf verwiesen werden kann. (3)

Ein anderes Problem ist, dass viele Hinterlassenschaften die Sicht der Verfolger wiedergeben. Es wird immer wichtig sein, auch die Perspektive der Verfolgten wiederzugeben, soweit das möglich ist. Diese litten auch oft nach dem Krieg noch unter traumatischer Sprachlosigkeit oder wurden durch den Ausschluss an Entschädigungsansprüchen ein weiteres Mal gedemütigt.

Die Arbeit will hier nicht den selbstgepflegten Mythos der Gestapo von ihrer Allgegenwärtigkeit betonen, sondern zeigen, worauf es der Gestapo ankam: die „überführten“ Täter, d.h. die Gegner, psychisch zu brechen bzw. sie für das Regime nutzbar zu machen oder sie für immer aus der Gesellschaft auszuschließen (z.B. durch dauerhafte Haft in Konzentrationslager oder durch physische Vernichtung).

Andererseits sollten diejenigen, die nicht freiwillig sich dem Regime unterordneten, durch Druck zur Anpassung gezwungen werden.

Man weiß nicht, wie viele der zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen Verurteilten in einem KZ verschwanden und dies nicht überlebten. Durch den Krieg waren die Maßnahmen dazu radikalisiert und beschleunigt.

Bei allem wird sich auch die Frage stellen, welchen Spielraum die einzelnen Personen hatten.

Erst ab 1981 gibt es Untersuchungen zu der Thematik. Begonnen hat damit Helmut Kramer mit seiner Darstellung zum Todesurteil von Erna Wazinski durch das Sondergericht Braunschweig. Weitere Arbeiten folgten ab 1982 zur Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen, zur Gefangenenbehandlung im „Lager 21“ und den Umgang mit schwangeren Frauen aus Polen und der UdSSR. Eine zusammenhängende Darstellung über die Politische Polizei in Braunschweig fehlte bisher. Das Buch über „Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig“ soll diese Lücke schließen. Es ist erfreulich, dass der Campus-Verlag im Jahr 2022 das 1997 erschienene Buch als 2. unveränderte Auflage neu herausgab.

Udo Dittmann (Oktober 2023)

Anmerkungen:

1. Siehe Gerd Wysocki, Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig. Frankfurt. 1997. S. 17. Zu: Reinhard Bein, Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1930 bis 1945. Braunschweig 1985.
2. Gerhard Paul/ Klaus-Michael Mallmann: Die Gestapo. Mythos und Realität. Darmstadt. 1995. S. 14.
3. Gerd Wysocki: Arbeit für den Krieg. Herrschaftsmechanismen in der Rüstungsindustrie des ‚Dritten Reiches‘. Braunschweig. 1992.